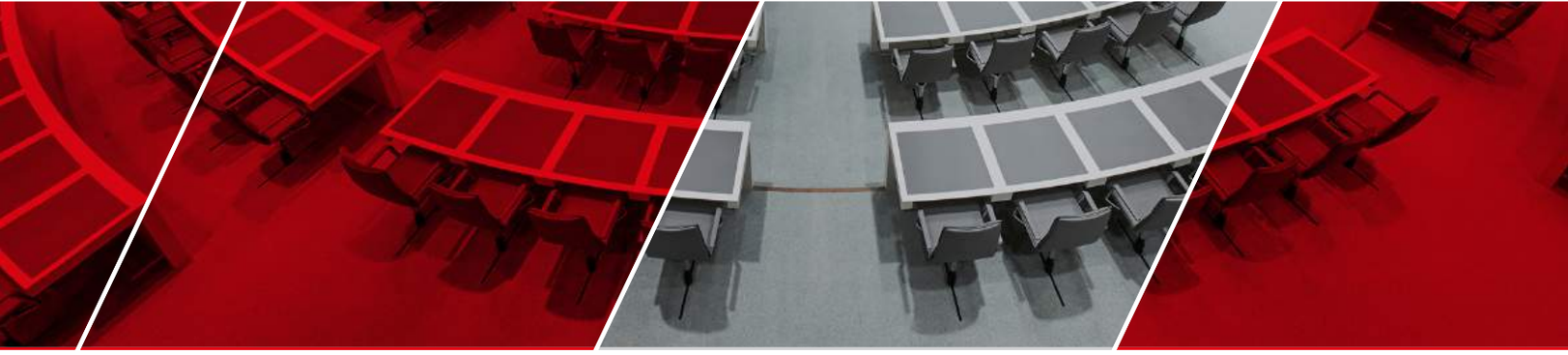
SPD
LANDTAGSFRAKTION
NIEDERSACHSEN

THEMA IM LANDTAG

Aug 18

Inhaltsübersicht

- Begrüßung der Fraktionsvorsitzenden
- Niedersachsen bei frühkindlicher Bildung Vorreiterland
- „Wir sind Enercon!“ - Solidarität mit den Beschäftigten
- Ärztliche Versorgung im ländlichen Raum
- Aktuelle Mitteilung aus dem Landtag
- Interview mit Parlamentarischem Geschäftsführer
- Impressum



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

die Sommerpause ist vorbei und die niedersächsische Landespolitik hat bereits ein erstes Aufreger-Thema: Die Vorgänge beim Windkraftanlagenbauer Enercon mit Stammsitz in Aurich haben in den vergangenen Tagen und Wochen Kopfschütteln bei allen Beteiligten ausgelöst. Die Enercon-Geschäftsführung verweigerte sich nach der Ankündigung eines massiven Jobabbaus jeglichen Gesprächen mit der IG Metall und den Vertreterinnen und Vertretern der Landespolitik. In der Plenarsitzung des Niedersächsischen Landtags hat sich die SPD-Fraktion deshalb mit den Beschäftigten bei Enercon solidarisiert – auch um zu zeigen: Die Sozialpartnerschaft und die betriebliche Mitbestimmung sind grundlegende Bestandteile der sozialen Marktwirtschaft und für uns nicht verhandelbar!

Zur Wahrheit gehört aber auch, dass die Probleme der Windenergiebranche auf politische Entscheidungen in Berlin zurückgeführt werden können. Mit der Deckelung des Ausbaus der Windkraftanlagen und der Bevorzugung von Bürgerenergiegesellschaften bei den Ausschreibungen im Rahmen der EEG-Novelle von 2017 ist es in Niedersachsen zu einem Fadenriss gekommen. Auf diese Gefahr hatten wir als SPD-Fraktion seinerzeit immer wieder hingewiesen. Darum ist es umso wichtiger, dass Bundeswirtschaftsminister Altmaier seinen Ankündigungen Taten folgen lässt, die Situation durch Sonderausschreibungen zu entschärfen. Mittelfristig brauchen wir jedoch auch eine Anhebung des Ausbaudeckels, damit die Energiewende ein Erfolg werden kann. Als Windenergieland Nr. 1 haben wir in Niedersachsen die besten Voraussetzungen, um von einer Stärkung der erneuerbaren Energien langfristig zu profitieren.

Ein erfreulicheres Thema ist die Beitragsfreiheit an den niedersächsischen Kindergärten. Seit dem 1. August zahlen Eltern für ihre Kinder ab drei Jahren keine Gebühren mehr – damit haben wir ein zentrales Wahlversprechen bereits innerhalb kürzester Zeit einlösen können. Diesen erfolgreichen Weg werden wir auch in den kommenden Monaten und Jahren konsequent weitergehen – zum Wohle der Menschen in Niedersachsen!

Eure Johanne Modder

Fraktionsvorsitzende

Video unserer Fraktionsvorsitzenden Johanne Modder zu der Situation der Beschäftigten beim Unternehmen Enercon

Niedersachsen bei frühkindlicher Bildung Vorreiterland – Beitragsfreiheit wichtiger Baustein für die Chancengerechtigkeit

Auf Einladung der SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag und der AWO Region Hannover war die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Dr. Franziska Giffey, am 14. August zu Besuch in der Kindertagesstätte „Freytagstraße“ in Hannovers Südstadt. Die Bundesministerin verschaffte sich gemeinsam mit Ministerpräsident Stephan Weil, Kultusminister Grant Hendrik Tonne und der Vorsitzenden der SPD-Fraktion, Johanne Modder, vor Ort einen Überblick über die Arbeit der Erzieherinnen und Erzieher. Dabei nutzte sie die Gelegenheit, um mit ihnen über das geplante Gute-Kita-Gesetz der Bundesregierung ebenso wie über die Umsetzung der Gebührenfreiheit an den niedersächsischen Kindertagesstätten zu diskutieren.

Die SPD-Fraktionsvorsitzende Johanne Modder erklärte dazu: „Wir freuen uns, dass Bundesministerin Dr. Franziska Giffey die Zeit gefunden hat, um mit den Vertreterinnen und Vertretern der AWO und der SPD-Fraktion über die aktuellen Entwicklungen in der frühkindlichen Bildung zu diskutieren. Vor Ort wurde uns bestätigt, dass die Beitragsfreiheit an den Kindertagesstätten bei den Eltern ausgesprochen positiv aufgenommen wird.“

Bundesministerin Giffey sagte mit Blick auf die Maßnahmen der SPD-geführten Landesregierung: „Niedersachsen ist im Bereich der frühkindlichen Bildung eines der Vorreiterländer. Wir wollen, dass jedes Kind die Möglichkeit erhält, eine Kindertageseinrichtung zu besuchen – unabhängig vom Geldbeutel der Eltern. Die Beitragsfreiheit ist ein wichtiger Baustein für die Chancengerechtigkeit und eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf.“

Dass Niedersachsen im Bereich der frühkindlichen Bildung dank der SPD-Bildungspolitik der letzten Jahre ausgesprochen gut aufgestellt ist, zeigen auch die jüngst veröffentlichten Ergebnisse einer großen Ländervergleichsstudie der Bertelsmann-Stiftung: Hier belegt Niedersachsen im Bereich der Betreuungsqualität in Kindergärten den dritten Platz im Länderranking.

Weitere Themen des Besuchs der Bundesministerin in Hannover waren der Fachkräftemangel, die Vergütung von Erzieherinnen und Erziehern in Ausbildung und die geplante Übernahme des Schulgeldes durch das Land. Franziska Giffey erklärte: „Eines ist völlig klar: nur, wenn die Ausbildung zum ErzieherInnen-Beruf angemessen vergütet wird, werden wir den Fachkräftemangel in diesem Bereich in den Griff bekommen. Die geplante Übernahme des Schulgeldes durch das Land ist ein guter Anfang, aber Bund und Länder werden hier in Zukunft noch weitere Anstrengungen unternehmen müssen. Für mich ist das auch eine Frage der gesellschaftlichen Wertschätzung für die Kolleginnen und Kollegen in den Kindertageseinrichtungen.“

Herzlicher Empfang in der AWO-Kita »Freytagstraße«.

„Wir sind Enercon!“ – Solidarität mit den Beschäftigten

Der Windkraftanlagenbauer Enercon mit Hauptsitz in Aurich hat Anfang August bekannt gegeben, dass er aufgrund der rückläufigen Auftragsentwicklung bundesweit mehr als 800 Stellen bei seinen Zulieferbetrieben abbauen will. Diese Zulieferbetriebe wie unter anderem WEC Turmbau in Emden und Westerstede oder Aero Ems in Haren sind de facto Tochterfirmen von Enercon und vollständig von den Aufträgen des Mutterkonzerns abhängig. Die Unternehmenskultur des Windkraftanlagenbauers ist seit jeher geprägt von der Ablehnung betrieblicher Mitbestimmung, insbesondere dann, wenn sie gewerkschaftlich organisiert ist.

Vor diesem Hintergrund war es für Beobachter wenig überraschend, dass Enercon im Anschluss an den angekündigten Jobabbau jegliche Gespräche mit den Vertreterinnen und Vertretern der IG Metall Küste verweigerte und die Verantwortung für die Beschäftigten in den Zulieferbetrieben von sich wies. Die Geschäftsführung des Konzerns brüskierte auch die Landesregierung, indem sie angesetzten Krisengesprächen mit SPD-Umweltminister Olaf Lies und dem Wirtschaftsminister schlicht fernblieb.

In der Folge organisierten die Betriebsräte der Enercon-Zulieferer und des Mutterkonzerns ihren Protest gegen das unverantwortliche Verhalten der Unternehmensführung unter dem Motto „Wir sind Enercon“. Die SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag setzte das Thema Enercon Mitte August auf die Tagesordnung der Plenarsitzung des Niedersächsischen Landtages – auch um zu zeigen: Wir stehen hinter den Beschäftigten!

Auf Einladung der SPD-Fraktion waren die Vertreter der Enercon-Betriebsräte dann auch zu Gast im Niedersächsischen Landtag, um der Parlamentsdebatte beizuwohnen. Dabei trafen sie auch mit Ministerpräsident Stephan Weil, Umweltminister Olaf Lies, der Fraktionsvorsitzenden Johanne Modder und den örtlichen Landtagsabgeordneten zusammen, um über die Situation bei

Enercon zu sprechen und ihre Bemühungen zu schildern. Johanne Modder erklärte: „Die SPD-Fraktion steht fest an der Seite der Beschäftigten und der Betriebsräte bei Enercon und den zahlreichen Zulieferbetrieben, die unter schwierigsten Bedingungen für sozialverträgliche Lösungen kämpfen. Wir hoffen und erwarten, dass die Enercon-Geschäftsführung ihre bisherige Verweigerungshaltung aufgibt und sich zukünftigen Verhandlungen nicht weiter verschließt. Den Kolleginnen und Kollegen der IG Metall gebührt höchster Respekt vor ihrem Engagement, und die SPD-Landtagsfraktion wird sie im Kampf für die Beschäftigten bei Enercon mit aller Kraft unterstützen.“

Die Fraktionsvorsitzende Johanne Modder empfing zahlreiche Mitarbeiter Enercons im Niedersächsischen Landtag und sprach über den geplanten Stellenabbau in Norddeutschland.

Ärztliche Versorgung im ländlichen Raum - Jetzt handeln und Versorgungsnotstand vorbeugen

Mit einem gemeinsamen Entschließungsantrag haben die Fraktionen von SPD und CDU im August-Plenum des Niedersächsischen Landtags auf das Problem der mangelnden hausärztlichen Versorgung im ländlichen Raum aufmerksam gemacht und konkrete Maßnahmen für eine verbesserte Versorgung auf den Weg gebracht.

Der gesundheitspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Uwe Schwarz, erklärte dazu: „Obwohl wir heute in Deutschland so viele ausgebildete Ärztinnen und Ärzte wie noch nie haben, fehlen im ländlichen Raum niedergelassene Hausärztinnen und Hausärzte. Aktuell sind in Niedersachsen bereits 365 von insgesamt rund 5.100 Hausarztsitzen unbesetzt. In den nächsten 10 Jahren werden mehr als 1.000 weitere Hausarztstellen altersbedingt frei werden. Wenn wir also heute nicht handeln, steuern wir im ländlichen Raum sehenden Auges auf einen Versorgungsnotstand zu."

Der Entschließungsantrag der Regierungsfraktionen sieht deshalb eine Reihe von Maßnahmen wie die Einrichtung von zusätzlichen Studienplätzen im Fachbereich Medizin, die Unterstützung der Einrichtung von Behandlungseinrichtungen, in denen Arbeitsmöglichkeiten für junge Medizinerinnen und Mediziner geschaffen werden, sowie eine Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch zusätzliche Betreuungsmöglichkeiten vor.

Aus Sicht der SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag geht der Antrag in einem Punkt jedoch nicht weit genug: Im Rahmen des Landtagswahlkampfes hatte die SPD Niedersachsen die Einführung einer Landarztquote gefordert, um einen Teil der Medizinstudienplätze in Niedersachsen an Bewerberinnen und Bewerber zu vergeben, die sich im Gegenzug verpflichten, im Anschluss an ihr Medizinstudium als niedergelassene Ärztinnen und Ärzte im ländlichen Raum zu arbeiten. Die Aufnahme dieser Maßnahme in den Koalitions-vertrag scheiterte letztlich am Widerstand der CDU Niedersachsen. Bis heute verweigert sich insbesondere CDU-Wissenschaftsminister Björn Thümler der Diskussion über die Landarztquote und führt dabei „verfassungsrechtliche Bedenken“ ins Feld. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, dass zuletzt sogar die schwarz-gelbe Landesregierung in Nordrhein-Westfalen die Einführung einer solchen Quote beschlossen hat.

Zuletzt hatte auch der Niedersächsische Städte- und Gemeindebund in seiner Monatszeitschrift (DNG 3/2018) für die Einführung einer Landarztquote geworben und gefordert, insgesamt zehn Prozent der Studienplätze im Fach Medizin auf diese Weise zu vergeben. Die Landarztquote sei „schnellstmöglich umzusetzen, um der drohenden medizinischen Unterversorgung des ländlichen Raumes entgegenzuwirken.“

Auch SPD-Gesundheitsexperte Uwe Schwarz fordert: „Angesichts des sich verschärfenden Ärztemangels im ländlichen Raum sollten wir die Nutzung dieses Instrumentes eingehend prüfen. Die Landarztquote ist sicher kein Allheilmittel. Wir sind uns aber mit den kommunalen Spitzenverbänden einig, dass wir jede Chance nutzen müssen, die sich bietet, um die Versorgungslage mittel- und langfristig zu verbessern.“

- Verbesserte Vereinbarkeit von Beruf und Familie
- Ausweitung der Telemedizin
- Stärkung des ÖPNV
- weitere Anreize für Tätigkeit schaffen

SPD
LANDTAGSFRAKTION
NIEDERSACHSEN

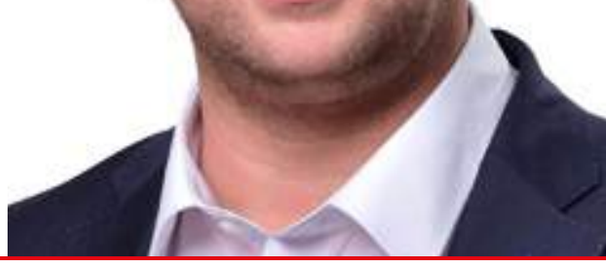
Folge uns auf Facebook oder Instagram für die aktuellsten Nachrichten aus dem Landtag!

WAS BESCHÄFTIGTE UNS IN DEN LETZTEN WOCHEN IM LANDTAG SONST NOCH?

» Jörn Domeier:

Statement des Netzpolitikers zum vorgestellten Masterplan Digitalisierung

Um mehr zu lesen, bitte hier klicken.



» Karsten Becker:

Statement zur Anhörung zum Polizeigesetz im Innenausschuss des Landtages

Um mehr zu lesen, bitte hier klicken.

» Dr. Christos Pantazis:

Zur Diskussion über den ‚Spurwechsel' für gut integrierte Asylbewerber

Um mehr zu lesen, bitte hier klicken.

» Uwe Santjer:

Beitragsfreiheit an Kindergär-

ten in Kraft – Riesenentlastung für Familien in Niedersachsen

Um mehr zu lesen, bitte hier klicken.

» Dörthe Liebetruth:

Europäischen Jugendaustausch spätestens ab 2025 für alle möglich machen

Um mehr zu lesen, bitte hier klicken.

ZUM SCHLUSS NOCH EINE INFORMATION FÜR EUCH

Wir gehen mit unserer Mehrheit sehr verantwortungsvoll um.“ – Interview mit dem Parlamentarischen Geschäftsführer Wiard Siebels

TiL: Die Sommerpause ist vorbei und der Landtag hat bereits die erste Sitzungswoche der zweiten politischen Jahreshälfte hinter sich – wie ist die Stimmung in der Fraktion?

Wiard Siebels: Ich denke, dass alle Mitglieder der Landtagsfraktion die Sommerpause gut nutzen konnten, um die Akkus wieder aufzuladen, und auch die Stimmung dementsprechend gut ist. Wir haben turbulente eineinhalb Jahre hinter uns, die natürlich vor allem von einem unerwartet kurzen und intensiven Landtagswahlkampf und der anschließenden Regierungsbildung geprägt waren – im Grunde hatten wir alle miteinander bis zur Sommerpause kaum Zeit zum Durchatmen.

TiL: Auch, weil gemeinsam mit der neuen Landesregierung viele Dinge sehr schnell umgesetzt worden sind?

Siebels: Natürlich! Wir haben in kürzester Zeit einen Nachtragshaushalt auf den Weg gebracht, wir haben das Schulgesetz geändert und die Elternbeiträge für den Kindergarten abgeschafft, um nur einige Maßnahmen zu nennen. Man kann mit Fug und Recht behaupten, dass wir sehr schnell eine sehr produktive und ambitionierte Regierungsarbeit gemacht haben.

TiL: Ein wichtiges Thema ist seit Beginn der großen Koalition die Frage der Min-

derheitenrechte. Die Sorge der Oppositionsfraktionen war ja, dass SPD und CDU den Landtag übermäßig dominieren würden – wie ist deine Einschätzung dazu?

Siebels: Ich denke, dass wir mit unserer zugegebenermaßen großen Mehrheit sehr verantwortungsvoll umgehen. Wir haben in enger Abstimmung mit allen anderen Fraktionen eine Reihe von Maßnahmen auf den Weg gebracht, die die Minderheitenrechte im Landtag stärken und werden auch in den kommenden Wochen und Monaten weitere Ergebnisse dieses Abstimmungsprozesses präsentieren.

TiL: Welche Maßnahmen sind das konkret?

Siebels: Wir haben zunächst einmal dafür gesorgt, dass nahezu alle Ausschüsse im Niedersächsischen Landtag personell so weit aufgestockt wurden, dass sämtliche Fraktionen mindestens ein reguläres, stimmberechtigtes Mitglied entsenden können. Auch in Bezug auf die Redezeiten während der Plenarsitzungen haben wir Veränderungen vorgenommen, die die Oppositionsfraktionen begünstigen. Darüber hinaus wurden die finanziellen Zuwendungen an alle Oppositionsparteien im Rahmen der Reform des Abgeordnetengesetzes deutlich erhöht.

TiL: Im August-Plenum des Landtags wurde eine weitere Änderung der Geschäftsordnung beschlossen, was hat es damit auf sich?

Siebels: Von dieser Änderung der Geschäftsordnung des Niedersächsischen Landtags versprechen wir uns eine Belebung der parlamentarischen Debatte durch die Einführung einer Fragestunde, die dem bisherigen Modell der Mündlichen Anfrage aus unserer Sicht überlegen ist. Mit der Einführung der sogenannten schnellen schriftlichen Anfrage geben wir den Mitgliedern des Niedersächsischen Landtags zudem ein weiteres Instrument an die Hand, auf bestimmte Fragen zeitnah und unkompliziert Antworten von der Landesregierung zu erhalten. Wir sind der festen Überzeugung, dass diese beiden Änderungen geeignet sind, die Debattenkultur und die Transparenz unseres Landesparlamentes zu verbessern.

TiL: Vielen Dank für das Gespräch!

Video unseres Parlamenatarischen Geschäftsführers Wiard Siebels zur Änderung der Geschäftsordnung im Landtag

Herausgeber

SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag
Hannah-Arendt-Platz 1 30159 Hannover

V.i.S.d.P.: René Kopka

Redaktion: Oliver Grimm, Jan Hartge, Eva Güntzel

Design und Satz: Jan Hartge

Fotos: SPD-Fraktion